

Aus dem Gemeinderat – Sitzungsbericht vom 17.11.2016

Vergangene Woche tagte der Gemeinderat, nachstehend folgt die Sitzungszusammenfassung.

Bericht der Schulleiterin Frau Stock über die Grundschule

Es ist üblich, dass die Schulleitung dem Gemeinderat über die aktuelle Situation an der Schule berichtet. Schulleiterin Friederike Stock gab daher dem Ratsrund einen Überblick über das aktuelle Schulgeschehen. Derzeit besuchen 157 Schüler die Zeller Grundschule, die als Ganztagschule in offener Form geführt wird. Von den abgegangenen 45 Schülern im Sommer haben sich zehn für die Gemeinschaftsschule Albershausen entschieden, was deutlich zeige, dass dieser Schulverband funktioniert und angenommen wird. 14 Schüler wechselten aufs Gymnasium, 17 auf die Realschule, 13 insgesamt zur Gemeinschaftsschule und 1 Schüler zur Werkrealschule. Es gab erneute Lehrerwechsel und zum Schuljahresende wird die Schulleiterin in den Ruhestand treten, daher wurde die Stelle ausgeschrieben. Aktuell gibt es für die Klassen 1+2 neue Bildungspläne, die Klassen 3+4 werden in den kommenden zwei Jahren folgen. Die neuen Bildungspläne bedingen je eine Stunde mehr in Deutsch und Mathematik sowie beim Lernen verschiedene Schwerpunkte wie Medienbildung, Toleranz und Vielfalt. Das Lernen wird heutzutage mit neueren Konzepten und Herangehensweisen vermittelt durch unterschiedliche Schwierigkeitsstufen und verschiedenen Lernformen. Gerne können nähere Infos dazu der Homepage der Schule entnommen werden. Der Ratsvorsitzende dankte Frau Stock für die Erläuterungen.

Nachtragshaushaltssatzung mit Haushaltsplan 2016 – Beratung und Beschlussfassung

Gegen Ende des Haushaltsjahres werden die Plandaten durch den Nachtragshaushalt korrigiert, um sie an den tatsächlichen Verlauf des Jahres anzupassen. Frau Stefanie Rieger vom Gemeindeverwaltungsverband erläuterte das Zahlenwerk. Das Volumen des Verwaltungshaushalts hat sich um 71.500 € erhöht bedingt durch Mehreinnahmen bei den Kindergartenausgleichszahlungen mit 30.000 €, die die Kommune vom Land erhält sowie Mehreinnahmen bei den Deponiegebühren, die aus der Bautätigkeit in der Gemeinde herrühren. Die geplante Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts an den Vermögenhaushalt erhöht sich somit auf 474.500 €. Im Bereich des Vermögenhaushalts kann erfreulicherweise auf die geplante Rücklagenentnahme verzichtet werden, vielmehr kann der Rücklage ein Betrag von 18.300 € zugeführt werden. Dies ist bedingt durch Wenigerausgaben beim Ausbau der Bergstraße, Wenigerausgaben bei der Erschließung des Gewerbegebiets Raubis Erweiterung (wird erst 2017 umgesetzt) sowie Wenigerausgaben beim Umbau / der Sanierung der Asylbewerberunterkünfte. Der Stand der allgemeinen Rücklage erhöht sich auf 812.711 €. Nach Abzug der gesetzlichen Mindestrücklage bleiben freie Rücklagenmittel von rund 665.000 €, die für 2017 zur Verfügung stehen. Einstimmig wurde dem Zahlenwerk zugestimmt. Die Rahmendaten des Nachtragshaushaltsplans lauten folgendermaßen:

Einnahmen / Ausgaben des Verwaltungshaushalts	7.433.288 €
Einnahmen / Ausgaben des Vermögenhaushalts	1.464.500 €

keine neuen Kreditaufnahmen und keine Veränderung bei den Verpflichtungsermächtigungen, ebenso bleiben die Steuersätze der Gemeinde unverändert.

Bausachen

Das kommunale Einvernehmen wurde zu folgenden Bauanträgen erteilt:

1. Neubau eines Betriebsgebäudes, Boschstraße 8/1
2. Abbruch des Gebäudes Schelmahdstraße 1, im Kenntnisgabeverfahren sowie Erteilung der Sanierungsgenehmigung.

Landessanierungsprogramm – Aufnahmeantrag Pliensbach

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat der Gemeinderat dem Aufnahmeantrag für das Förderprogramm zugestimmt. Die Verwaltung hat daher gemeinsam mit dem Büro mquadrat die Antragsunterlagen ausgearbeitet und nach der Genehmigung durch das Landratsamt beim Regierungspräsidium eingereicht. Der Förderrahmen der Maßnahme beläuft sich auf 948.000 €, wovon die Gemeinde 379.000 € selbst zu erbringen hätte. Für die Durchführung der Maßnahme sind weitere vorbereitende Untersuchungen erforderlich. BM Link betonte, dass erfahrungsgemäß beim ersten Aufnahmeantrag für das Förderprogramm die Gemeinde nicht zum Zuge kommt. Sollte das auch hier so sein, wird für 2018 erneut ein Förderantrag gestellt.

Anpassung der Wassergebühren zum 01.01.2017 – Gebührenkalkulation und Satzungsänderung

Die Wassergebühren der Gemeinde wurden zuletzt zum 01.01.2001 angehoben. Die Gebühr konnte 16 Jahre lang konstant gehalten werden. Die Wassergebühren wurden nun neu kalkuliert und durch Frau Rieger vom GVV vorgeschlagen, den Preis für das Wasser ab 2017 auf 1,55 €/m³ anzuheben. Die Anhebung ist erforderlich aufgrund der umfangreich getätigten Investitionen in den vergangenen Jahren beim Wasserleitungsnetz sowie der Übernahme des Wasserleitungsnetzes vom Gewerbepark Wängen. Die Gebührenerhöhung beträgt 17%, ist jedoch in Anbetracht der seit vielen Jahren unveränderten Sätze vertretbar. Einstimmig wurde vom Gemeinderat der Kalkulation zugestimmt und die Verbrauchsgebühr mit Wirkung vom 01.01.2017 auf 1,55 € festgesetzt. Die Neufassung der Wasserversorgungssatzung wird an anderer Stelle des Mitteilungsblatts veröffentlicht.

Anpassung der Abwassergebühren zum 01.01.2017 – Gebührenkalkulation und Satzungsänderung

Die akute Abwassergebühr wurde mit Einführung der gesplitteten Gebühr im Jahr 2011 rückwirkend zum 01.01.2010 festgesetzt. Die Gebührensätze belaufen sich auf 2,19 €/m³ für Schmutzwasser und 0,43 €/m² für Niederschlagswasser. Die Gebührensätze wurden neu kalkuliert, nachdem die Kanäle aus dem Gewerbepark Wängen übernommen worden sind. Auch im Abwasserbereich hat die Gemeinde erhebliche Investitionen geleistet, was nun seinen Niederschlag in den Gebührensätzen findet. Zudem wird beim Gruppenklärwerk in Wendlingen aktuell die 4. Reinigungsgruppe installiert, die einen Anstieg der Betriebskosten beim Gruppenklärwerk Wendlingen mit sich bringt. Daher wurde dem Gemeinderat vorgeschlagen, die Schmutzwassergebühr auf 2,60 €/m³ und die Niederschlagswassergebühr auf 0,27 €/m² anzusetzen. Darüber wurde im Gemeinderat erneut ausführlich beraten und betont, dass die Gemeinde sich sowohl im gewerblichen Bereich als auch bei den Wohnbauflächen ausgedehnt hat und daher ein anderer Verteilerschlüssel angewendet werden müsse. Mit den neuen Sätzen liegt die Gemeinde im Vergleich mit anderen Gemeinden noch sehr gut. Einstimmig wurde der Kalkulation zugestimmt und die neuen Gebührensätze ab

01.01.207 entsprechend beschlossen. Diese neuen Sätze gelten für die kommenden 3 Jahre. BM Link dankte Frau Rieger vom GVV für die ausführlichen Erläuterungen.

Bebauungsplan „Gewerbegebiet Raubis, 3. Erweiterung“ mit den örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan – Planfeststellung und Planauslegungsbeschluss

2015 hat der Gemeinderat beschlossen, den bestehenden Bebauungsplan zu erweitern. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung wurde im Frühjahr 2016 durchgeführt und die Behörden und Träger öffentlicher Belange entsprechend beteiligt. Die Anregungen und Bedenken zur Bebauungsplanerweiterung wurden danach vom Gemeinderat beraten und in den Bebauungsplan eingearbeitet. In der Zwischenzeit hat das Büro mquadrat den Entwurf zur Bebauungsplanerweiterung mit den örtlichen Bauvorschriften erarbeitet, die Planer Manfred Mezger dem Ratsrund erläuterte. BM Link dankte dafür und betonte, dass eine solche Planänderung umfangreiche Untersuchungen und Umweltberichte erfordert. Der komplette Ausgleich für den Eingriff in die Natur kann nicht im Bebauungsplangebiet umgesetzt werden. Daher wird die Kommune für den Flächenausgleich sogenannte Ökopunkte erwerben, die der Eigentümer bezahlen muss. Betont wurde, dass diese gewerbliche Entwicklung bereits im aktuell gültigen Flächennutzungsplan beinhaltet ist. Der Entwurf der Bebauungsplanerweiterung wurde einstimmig gebilligt. Als nächster Schritt stehen die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie die Info der Behörden und Träger öffentlicher Belange an.

Vorberatung der Verbandsversammlung des Zweckverbands „Gewerbepark Wängen“ am 22.11.2016

Die Tagesordnung der anstehenden Verbandsversammlung wurde den Ratsmitgliedern erläutert. Auf der Agenda stehen die Vorstellung einer Planung auf einem Teil des Flurstücks 1865, die Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2017, ein aktueller Sachstandsbericht, Verschiedenes und die Frageviertelstunde.

Vorberatung der Verbandsversammlung des GVV Raum Bad Boll am 23.11.2016

Vom Vorsitzenden wurde auch hier die Tagesordnung erläutert die die Punkte Frageviertelstunde, Haushaltsplan 2017, Erneuerung Serversoftware im GVV, Verbandssatzungsänderung, Fortschreibung des Landschafts- und Flächennutzungsplans sowie Bekanntgaben und Verschiedenes vorsieht.

Bekanntgaben

1. In der Gemeinden wurde weitere acht syrische Flüchtlinge in Gemeindewohnungen untergebracht. Insgesamt leben somit 22 Flüchtlinge in Zell u. A, davon 14 in der Erstunterbringung und 8 Personen in der Anschlussunterbringung. Die Betreuung der Personen fordert den Mitgliedern des Arbeitskreises Asyl sehr viel ab, das Engagement der Ehrenamtlichen ist sehr groß. Die Verwaltung sprach ein ganz großes Lob an den AK-Asyl aus. Ohne dessen Unterstützung wären die ganzen Aufgaben nicht zu stemmen. Der Treffpunkt des AK-Asyl wird derzeit in der Kirchheimer Str. 4 im Erdgeschoss eingerichtet. Im Rahmen des Weihnachtsmarktes am 3. Advent wird der Treffpunkt geöffnet und die Räumlichkeit vorgestellt.
2. Für den Kindergarten wurde eine Elternumfrage erarbeitet, die an die Eltern herausgegeben wird. Nach Rücklauf der Bögen wird erneut berichtet.

3. Im „Nachrückverfahren“ hat die Gemeinde einen Zuschussbescheid für die Neubeschaffung eines Mannschaftstransportwagens (Mtw) für die Feuerwehr in Höhe von 12.500 € erhalten. Das Fahrzeug soll 2017 beschafft werden.

Verschiedenes

1. Der Sachstand zur Errichtung des geplanten Mobilfunkmastens wurde hinterfragt. Die Baugenehmigung liegt der Verwaltung noch nicht vor, man wird den Sachstand beim Landratsamt erfragen.
2. Erneut wurde festgestellt, dass sehr häufig Fahrzeuge mit Esslinger Kennzeichen Grünabfall auf dem Kompostplatz am Zeller Berg anliefern. BM Link betonte, dass dies erst dann eingedämmt werden könne, wenn der Platz befestigt und eingezäunt ist und geregelte Öffnungszeiten hat.
3. Zur farblichen Gestaltung des Gebäudes der Firma Wala, das derzeit im Gewerbepark Wängen errichtet wird wurde angeregt, eine Fassadenbegrünung zu erzielen, wie sie in Bad Boll vorgesehen ist. Die Verwaltung wird diesbezüglich ein Gespräch mit der Firmenleitung suchen.
4. Die Pappeln am Zeller Berg wurden erneut angesprochen und darum gebeten, diese dringend untersuchen zu lassen und mit dem Landratsamt zu klären, ob diese verändert werden dürfen durch Ersatzpflanzungen bzw. Fällen. Für den Pächter des Sportplatzes, den TSG, gibt es dadurch nämlich ein Haftungsrisiko, das ausgeräumt werden sollte. Im Rahmen der vergangenen Sitzung war beschlossen worden, die zwei Pappeln entlang der geschotterten Stellplätze zum Autohaus zu beseitigen.